

Rettung für „Feuerland“

Italiens Regierung geht gegen das Müllproblem im Süden vor

Rom – Italiens Parlament hat ein Gesetzespaket verabschiedet, um der illegalen Müllentsorgung in Kampanien Einhalt zu gebieten und die Gesundheit der Menschen dort zu schützen. Premierminister Enrico Letta nannte die sogenannten Feuerland-Gesetze die „seit Jahrzehnten erste Antwort auf dieses Drama“. Die Arbeitsgruppe, gebildet aus mehreren Ministerien, die für die Umsetzung der Gesetze sorgen soll, hat bereits getagt. Das Gebiet zwischen Caserta und Neapel ist wegen der Müllbrände als „Feuerland“ bekannt geworden. Regierung, Ärzte und Umweltschützer schlagen seit Jahren Alarm: Sie beobachten, dass die Zahl der Krebsfälle und anderer Erkrankungen dort dramatisch steigt.

Die nun beschlossenen Maßnahmen sehen medizinische Untersuchungen für 1,3 Millionen gefährdete Menschen vor. Zudem sollen in den kommenden 150 Tagen Tests auf Ackerflächen und in Bewässerungskanälen vorgenommen werden, um die illegalen Müllkippen aufzuspüren.

Die Landwirtschaftsregion ist Territorium besonders berüchtigter Camorra-Clans. Diese Mafia hat dort seit den Achtzigerjahren Giftfässer und Industriemüll aller Art aus dem Norden und auch dem Ausland einfach vergraben – und Millionen kassiert. Obwohl das kriminelle Treiben seit nahezu 20 Jahren bekannt war, hat der Staat bis vor Kurzem kaum eingegriffen. Erst in den vergangenen Wochen ist die Situation von der Politik zu einer nationalen Priorität erklärt worden. Man geht von etwa zehn Millionen Tonnen aus, die wie eine Zeitbombe unter dem Boden liegen. Dazu kamen an der Oberfläche immer mehr wilde Deponien mit Abfällen vor allem aus illegalem Kleingewerbe, die regelmäßig verbrannt werden.

Wer illegal Müll verbrennt, muss nun ins Gefängnis

Experten warnen vor Giften, die in den Boden und ins Grundwasser dringen, Schwermetallen sowie krebserregenden Dioxinen, die die tausendfachen Müllbrände in die Luft blasen. Dem Umweltschutz-Notdekret hat nach dem Abgeordnetenhaus nun auch der Senat zugestimmt – gegen das Nein der Lega Nord und der Bewegung Fünf Sterne. Es sieht unter anderem Reihenuntersuchungen für die Bevölkerung vor. Dafür sind dieses und nächstes Jahr 50 Millionen Euro bewilligt. Der Betrag finanziert auch Untersuchungen im apulischen Taranto, wo in der Nähe des riesigen Ilva-Stahlwerks ebenfalls Krankheiten zugenommen haben.

Clans. Diese Mafia hat dort seit den Achtzigerjahren Giftfässer und Industriemüll aller Art aus dem Norden und auch dem Ausland einfach vergraben – und Millionen kassiert. Obwohl das kriminelle Treiben seit nahezu 20 Jahren bekannt war, hat der Staat bis vor Kurzem kaum eingegriffen. Erst in den vergangenen Wochen ist die Situation von der Politik zu einer nationalen Priorität erklärt worden. Man geht von etwa zehn Millionen Tonnen aus, die wie eine Zeitbombe unter dem Boden liegen. Dazu kamen an der Oberfläche immer mehr wilde Deponien mit Abfällen vor allem aus illegalem Kleingewerbe, die regelmäßig verbrannt werden.

Wer illegal Müll verbrennt, muss nun ins Gefängnis

Experten warnen vor Giften, die in den Boden und ins Grundwasser dringen, Schwermetallen sowie krebserregenden Dioxinen, die die tausendfachen Müllbrände in die Luft blasen. Dem Umweltschutz-Notdekret hat nach dem Abgeordnetenhaus nun auch der Senat zugestimmt – gegen das Nein der Lega Nord und der Bewegung Fünf Sterne. Es sieht unter anderem Reihenuntersuchungen für die Bevölkerung vor. Dafür sind dieses und nächstes Jahr 50 Millionen Euro bewilligt. Der Betrag finanziert auch Untersuchungen im apulischen Taranto, wo in der Nähe des riesigen Ilva-Stahlwerks ebenfalls Krankheiten zugenommen haben.

Als neues Delikt eingeführt ist die illegale Verbrennung von Müll. Mit zwei bis fünf Jahren Haft kann sie geahndet werden, und wenn es sich um gefährlichen Müll handelt, steigen die Strafen auf drei bis sechs Jahre Gefängnis. Anti-Mafia-Maßnahmen werden verstärkt. Aber auch die Sanierung von Kampaniens Feuererde ist geplant. Einer der wichtigsten und eiligsten Punkte ist, dass nun erstmals Karten angefertigt werden, die ausweisen, welche Zonen verseucht oder gefährdet sind. Landwirte oder Eigentümer, die den Zutritt für Untersuchungen auf ihrem Land verweigern, werden von öffentlichen Finanzhilfen ausgeschlossen.

Auch der Einsatz von Militär ist nun möglich – zur Überwachung und um zu verhindern, dass weiter Müll abgeladen wird. Die Landkreispräfekten können dieses Jahr bis zu 850 Soldaten anfordern. Umweltminister Andrea Orlando sagte, nun greife man erstmals in der „gemarterten Gegend“ ein. Es gehe nicht nur darum, Müllkriminalität zu verhindern, sondern auch darum, ein Gebiet wiederzubeleben, „das schon zu viel bezahlt hat“. Einer der bekanntesten Streiter gegen den Müllskandal, Pfarrer Maurizio Patriciello aus Caivano, nannte das Gesetz „einen Anfangspunkt“, am Ziel sei man damit aber sicherlich nicht.

ANDREA BACHSTEIN